

# Regional- und kommunalpolitische Herausforderungen der demografischen Entwicklung

**In den kommenden Jahrzehnten führt die internationale Zuwanderung zu einem weiteren Wachstum der österreichischen Bevölkerung. Gleichzeitig steigen Zahl und Anteil älterer Menschen beträchtlich. Aus regionaler Sicht sind drei Aspekte zu beachten: 1) die Konzentration der internationalen Zuwanderung auf Wien und die großen Städte, 2) das besonders starke Bevölkerungswachstum der Stadtumlandgebiete und damit der Stadtregionen insgesamt sowie 3) die Bevölkerungsverluste der strukturschwachen Regionen der Peripherie. Regional- und Kommunalpolitik stehen dem entsprechend vor unterschiedlichen Herausforderungen.**



Josef Kytir

Österreichs Bevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen. Den Prognosen der Statistik Austria zufolge steigt die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 auf knapp 9 Mio. Menschen. Hinter diesem Ergebnis stehen die Annahmen weiterhin geringer Kinderzahlen, einer auch in den kommenden Jahrzehnten steigenden Lebenserwartung sowie vergleichsweise hoher internationaler Wanderungsgewinne im Ausmaß von 20.000 bis 30.000 Personen pro Jahr.

Während sich damit die Geburtenbilanz Österreichs über die nächsten Jahrzehnte hinweg betrachtet ausgeglichen entwickelt, bleibt Migration der demografische „Wachstumsmotor“ Österreichs. Dies gilt in erster Linie für den Osten und in zweiter Linie für den Westen Österreichs. Im Süden (Bundesländer Kärnten und Steiermark) ist dagegen mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen.

## Boomgeneration 50+

Parallel zum zahlenmäßigen Wachstum der Bevölkerung verschieben sich in den kommenden Dekaden die demografischen Proportionen der Gesellschaft deutlich. Demografische Alterung, also die steigende Zahl und der wachsende Anteil älterer Menschen prägen die Bevölkerungsentwicklung. Die Zahl der ÖsterreicherInnen im Alter von 60 und mehr Jahren steigt bis 2040 um mehr als eine Million auf 2,8 Mio. Personen, der Anteil von 22 Prozent auf über ein Drittel. Die Zahl der unter 50jährigen sinkt trotz Zuwanderung auf deutlich unter 5 Mio., jene der Personen im Erwerbsalter (15–64 Jahre) von 5,6 auf 5,3 Mio. Die Zahl der über 50jährigen steigt dagegen bis 2040 von 2,8 Mio. auf über 4 Mio.

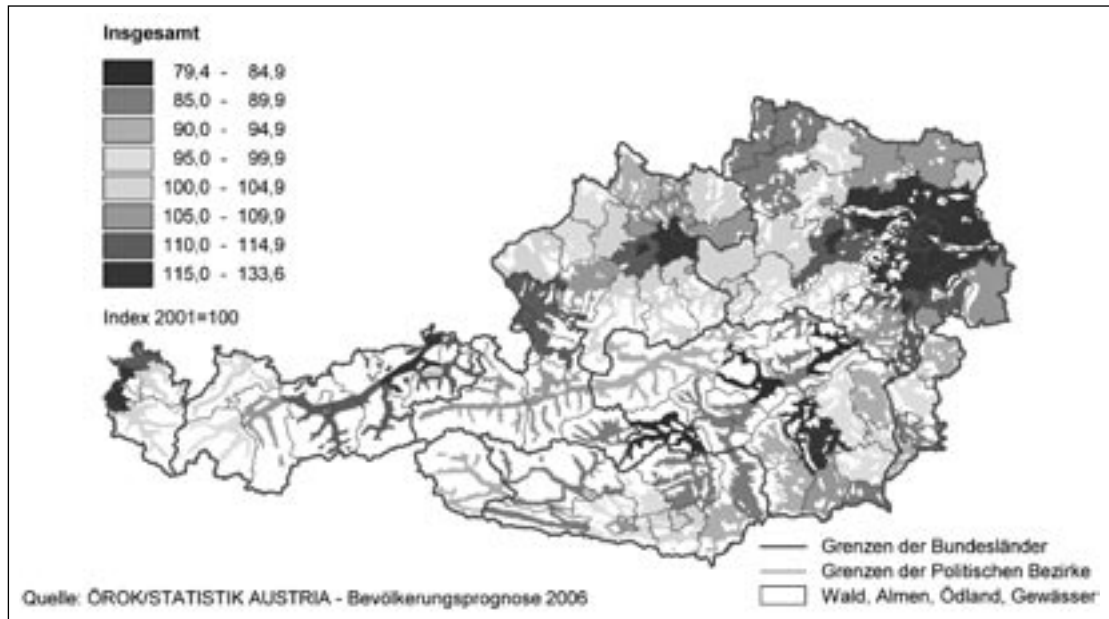
## „Grauer“ und „bunter“

Die Gesellschaft wird damit „grauer“ und „bunter“ zugleich. Es wird mehr kulturell, sportlich und gesellschaftlich aktive alte Menschen mit guter Gesundheit geben, die besser ausgebildet und materiell abgesichert sind, nicht zuletzt auch durch Besitz

und Vermögen, das – oft erst im späten Erwachsenenalter – durch Erbschaft von den hochbetagten Eltern erworben wurde. Alten Menschen mit lebenslangen Partnerschaften werden zunehmend mehr Ältere mit vielfältigen Beziehungs- und Familienkarrieren gegenüberstehen, aber auch mehr bewusst allein Lebende. Eine wachsende Zahl alter Menschen mit Migrationshintergrund wird dieses „bunte“ Bild der alternden Gesellschaft abrunden.

Dem gegenüber steht eine wachsende Zahl chronisch kranker, armutsbedrohter und gesellschaftlich gering integrierter alter, insbesondere sehr alter und hochbetagter Menschen. Sie bilden den „grauen“ Gegenpol einer Gesellschaft der Langlebigkeit, die sich auch in der Altersphase zunehmend entsolidarisiert und damit sozial stärker polarisiert. Politik und Parteien werden sich entlang dieser sozialen Bruchlinien positionieren (müssen), insbesondere auch die Politik und Parteien auf kommunaler Ebene. In absehbarer Zeit wird die Hälfte der WählerInnen zur Generation 50+ gehören.

**Abb. 1:**  
**Bevölkerungs-**  
**entwicklung**  
**2001-2031**  
**(Indexwerte;**  
**2001=100)**



### Herausforderungen auf regionaler und kommunaler Ebene

Auf politischer Ebene werden die demografischen Umwälzungen der kommenden Jahrzehnte vorrangig unter zwei finanziellen Aspekten diskutiert, der schwieriger werdenden Pensionsfinanzierung und steigenden Ausgaben für das öffentliche Gesundheitswesen. Beides ist zweifellos wichtig. Zu kurz kommen dabei allerdings jene Herausforderungen, die für die Regional- und Kommunalplanung bzw. -politik absehbar sind.

Dies betrifft zunächst die Entwicklung der Einwohnerzahl selbst, in weiterer Folge die demografischen Strukturverschiebungen mit ihren Konsequenzen und schließlich die sozialen Folgen einer (regional konzentrierten) internationalen Zuwanderung beträchtlichen Ausmaßes. Kleinräumige Prognosen machen deutlich, dass es dabei zwischen den städtischen Kernräumen, den Umlandgebieten der großen Städte und den peripheren Regionen abseits der Städte und

Verkehrsachsen erhebliche Unterschiede gibt.

#### Kernstädte ...

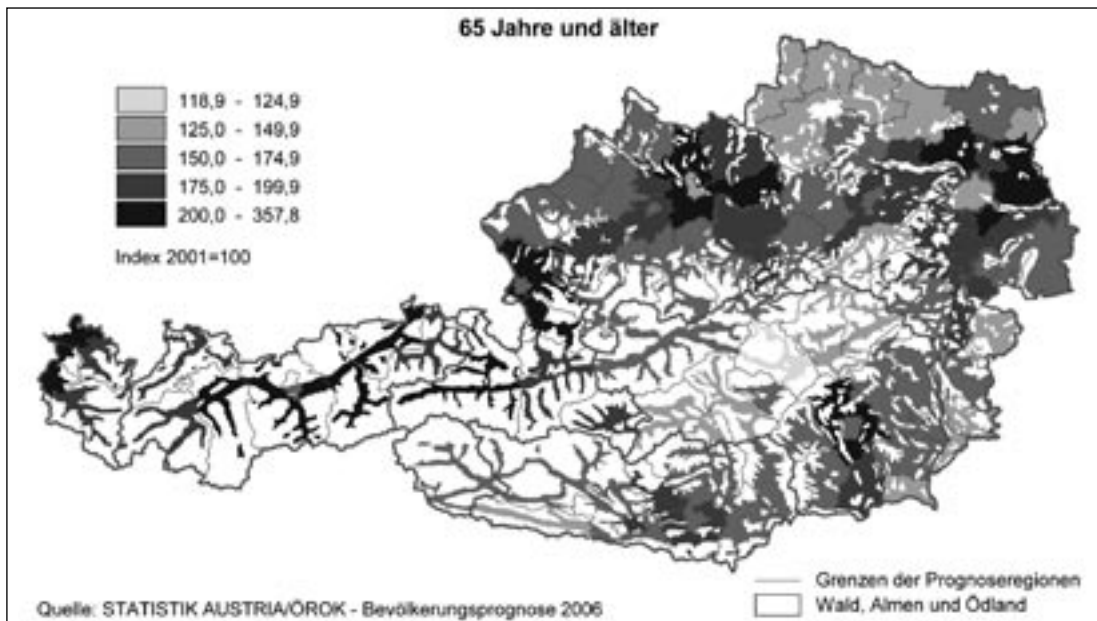
Die größeren Städte, insbesondere aber Wien sind das primäre Ziel der internationalen Zuwanderung nach Österreich. So zeigen die Prognosen für Wien einen Anstieg der Einwohnerzahl bis zum Jahr 2050 auf nahezu 2 Mio. Menschen. Diese Entwicklung birgt für Wien einerseits viele Chancen, die Zuwanderung und Integration der Zuwanderer wird aber auch mit wachsenden ökonomischen und sozialen Kosten verbunden sein. Ethische Segregation führt auf Dauer zu beträchtlichen sozialen Spannungen. Städtische Wohnungs- und Schulpolitik werden vor diesem Hintergrund immer wichtiger.

Zahl und Anteil älterer Menschen werden in den Städten vergleichsweise weniger stark steigen als am flachen Land. Es besteht allerdings die Gefahr, dass gerade besser situierte ältere Menschen nach dem Ende ihrer beruf-

lichen Verpflichtungen der Großstadt vermehrt den Rücken kehren und den Großteil des Jahres in landschaftlich attraktiven Regionen verbringen. Politik und Stadtplanung werden das nicht zur Gänze verhindern können, sie wären aber gut beraten, die Bedürfnisse der älteren Menschen nicht aus den Augen zu verlieren. Dabei die richtige Balance zwischen alterssegregierten und generationsübergreifend genutzten öffentlichen Räumen und öffentlicher Infrastruktur zu finden, wird eine große Herausforderung für Politik und Stadtplanung darstellen.

#### Peripherie ...

Vor ganz anderen Problemen stehen jene peripheren Regionen, für die ein weiterer Rückgang der Einwohnerzahlen durch den Kreislauf von Wanderungsverlusten und zunehmender Ausdünnung der Siedlungs- und Infrastruktur vorprogrammiert zu sein scheint. Stärkere Bevölkerungsrückgänge werden den Bezirken der Obersteiermark, des nördlichen Waldviertels sowie einigen Bezirken süd-



**Abb. 2:**  
**Entwicklung der**  
**Zahl der Personen**  
**im Alter von 65 und**  
**mehr Jahren**  
**2001-2031**  
**(Indexwerte;**  
**2001=100)**

lich des Alpenhauptkammes vorhergesagt. Die Bezirke dieser Regionen sind von den ökonomischen Zentren zu weit entfernt, um noch als Wohnort für Tagespendler in Frage zu kommen, aber auch als Wirtschaftsstandorte zu wenig attraktiv. Damit entstehen dort auch nicht in großer Zahl neue Arbeitsplätze.

In diesen strukturschwachen Regionen Ost- und Südösterreichs, also im Waldviertel, im nördlichen Weinviertel, im Mittelburgenland, in der Obersteiermark sowie in Teilen Kärntens wird die Zahl der alten Menschen vergleichsweise wenig ansteigen, der jetzt schon hohe Anteil älterer Menschen wird allerdings weiter wachsen und in manchen dieser Regionen auf über 40 Prozent klettern. Dieser Trend wird möglicherweise in Zukunft noch dadurch verstärkt, dass die landschaftlich attraktiven Teile der Peripherie als (zusätzliche) Wohnsitze für die noch mobilen alten Menschen der städtischen Ballungsräume genutzt werden.

### ... und Stadtumland

Als demografischer Gegenpol zu den peripheren Regionen fungiert das Umland der großen Städte. Die Bezirke im Stadtumland sind die eigentlichen „Gewinner“ der beobachtbaren und zukünftig zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung. Auf der anderen Seite wird gerade in den suburbanen Regionen die absolute Zahl der älteren und hochbetagten Menschen besonders stark steigen. Der Bedarf an entsprechender medizinischer und pflegerischer Infrastruktur wird die Kommunalpolitik der betroffenen Gemeinden in einigen Jahrzehnten nachhaltig dominieren.

### Resümee

Auf regionaler Ebene sind mit der demografischen Entwicklung unterschiedliche raumplanerische und regionalpolitische Herausforderungen verknüpft. Während strukturschwache Regionen aufgrund des heute schon hohen Anteils älterer Menschen ein kleineres Innovationspotenzial und

weniger Wirtschaftskraft haben, dürfte die bestehende Infrastruktur für ältere Menschen auf absehbare Zeit quantitativ ausreichen. Im Gegensatz dazu profitieren die suburbanen Regionen sowie weite Teile Westösterreichs von ihrer vergleichsweise jüngeren Bevölkerung, stehen aber vor der Aufgabe, für die rasch wachsende Zahl alter und sehr alter Menschen eine entsprechende Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur aufzubauen. Dazu kommt die spezifische Problematik der Organisation und der Finanzierung sozialer Dienste in allen weniger dicht besiedelten ländlichen Gebieten. ■

Univ.-Doz. Dr. Josef Kytir war von 1985 bis 2000 Mitarbeiter (seit 1993 stellvertr. Dir.) am Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, seit 2000 ist er stellvertr. Leiter der Direktion Bevölkerung mit Zuständigkeit für die Bereiche Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitsstatistik der Statistik Austria. 1996 Habilitation an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.